

## Linke gewinnen in Thüringen

Die Linkspartei ist in Thüringen bei den Landtagswahlen erneut stärkste Partei geworden. Ein völlig unverständliches Ergebnis, nicht nur vor dem Hintergrund, dass es sich um die SED-Nachfolgepartei handelt, die für die jahrzehntelange Teilung unseres Landes verantwortlich war. Das Ergebnis der Landtagswahl in Thüringen stellt die Altparteien vor einige Probleme. Die regierende rot-rot-grüne Koalition von Ministerpräsident Bodo Ramelow hätte trotz Spitzenergebnis für die Linke keine Mehrheit mehr. Die CDU - angetreten, der Linken die Regierungsverantwortung abzunehmen - verliert zweistellig und fährt ihr schlechtestes Ergebnis überhaupt in Thüringen ein. Das von CDU-Spitzenkandidat Mohring angestrebte Bündnis mit SPD, Grünen und FDP hätte ebenfalls keine Mehrheit, denn Grüne und FDP sind mit knapp 5 % gerade so in den Landtag gerutscht. Die SPD befindet sich weiter auf dem Weg zur 5 %-Hürde und konnte nur noch 8,2 % der Wähler auf sich vereinigen. Zugewinne erzielte die Afd, mit der niemand koalieren will. Bereits aus unserer Parteigeschichte kennen wir das Verhalten.



Tausende Bauern demonstrierten in verschiedenen Städten unseres Landes. Sie fühlen sich als Tierquäler und Umweltverderber verunglimpft. Auf ihrer Website sprechen die Initiatoren von „Bauernbashing“: Die permanente negative Stimmungsmache führt zu Ärger und Frustration im Berufsstand. Diskriminierung, Benachteiligung und Mobbing von Angehörigen gehören zur Tagesordnung, beklagen sie. Diese Stimmung gegen die Bauern ist Teil der Öko- und Umwelthetze die momentan durch unser Land geistert.

## Rentner dürfen immer mehr Steuern bezahlen

Die steigende Anzahl von Rentnern kommt dem Fiskus sehr zugute. Wachsende Altersarmut führt immer mehr dazu, dass Rentner nach der Arbeit wieder einen Nebenjob suchen müssen, wodurch die Steuereinnahmen steigen. Rund 4,4 Millionen Senioren und -Ehepaare sind steuerpflichtig und damit stammen fast ein Zehntel des gesamten Aufkommens der Einkommenssteuer von Rentnern. Diese Entwicklung hat die Politik frühzeitig erkannt und seit dem Jahr 2005 findet eine starke Besteuerung statt. Zahlreiche Senioren beziehen neben der staatlichen Rente noch regelmäßige Nebenverdienste, etwa aus Minijobs. Nur wenige von ihnen leben allein von der Alterssicherung, da diese oft nicht ausreichend ist.

Die Steuerpflicht tritt ein, wenn der Freibetrag von 9.168 Euro jährlich überstiegen wird. Vor dem Jahr 2005 durften noch 50 Prozent der Einkünfte über dem Freibetrag behalten werden, ab diesem Jahr werden bereits 78 Prozent der Rente besteuert.

## Betten in Deutschlands Moscheen für die türkischen Soldaten

Nach dem Einmarsch türkischer Soldaten in Nordsyrien betet die Bevölkerung für den Sieg – so stellt es zumindest die türkische Religionsbehörde Diyanet öffentlich dar. Die Menschen seien in die 90.000 Gotteshäuser des Landes geströmt, um Gottes Segen für die Truppen im Kampf gegen angebliche "Terroristen" zu erbitten. Tatsächlich aber reduzieren sich die Sympathie und Gebete nicht nur auf die Türkei. Auch in Deutschland finden sich immer mehr Berichte, in denen von Moscheebesuchern gesprochen wird, die für türkische Soldaten beten, die in Nordsyrien kämpfen.

In regulären Freitagsgebeten deutscher Moscheen gab es Gebete für die türkische Militäroperation in Syrien. "Möge die im Norden Syriens durchgeführte Operation 'Friedensquelle' Land und Volk Gutes sowie Frieden in die Region bringen", heißt es im Text eines Freitagsgebets des Islamverbands Milli Görüs. In einzelnen deutschen Moscheen des Dachverbands DITIB sei laut Presseberichten sogar direkt für einen Sieg der türkischen Armee gebetet worden.

Auf deutscher Seite erfolgt sofort eine völlig unkritische Begründung dieses Verhaltens. Gründe werden gefunden, wie z.B. die fehlende Repräsentation im Bundestag oder bei Spitzenposten sei der Auslöser dafür, dass sich Türken in

Deutschland jemandem zuwendeten, der eigentlich für sie ein fremdes Staatsoberhaupt sein sollte. Misslungene Integration und der Schuldige ist erneut der deutsche Gastgeber. Das es aber auch bei Vorzeigemigranten mit der Integration nicht wirklich funktionieren will zeigte sich an den militärischen Grüßen mehrerer Bundesligaspieler, deren Eltern bzw. Großeltern aus der Türkei stammen. Wurde vor 60 Jahren noch behauptet, die nächste Generation der türkischen Einwanderer wäre kaum mehr von der deutschen zu unterscheiden, wissen wir heute, dass es sogar bis zu drei Generationen später immer noch nicht funktioniert hat.

# Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

**DIE**  
**REPUBLIKANER** **REP**

## Horrende Kostensteigerung für Pflegebedürftige

Pflegebedürftige zahlen für ihre Betreuung hohe Preise. Aktuell werden monatlich über 1900 Euro für einen Platz im Pflegeheim fällig. Damit sind die Kosten innerhalb weniger Monate um rund 115 Euro gestiegen. Dass sich solche Summen nur wenige Pflegebedürftige leisten können und sehr viele in die Armut stürzen, liegt auf der Hand. Es verwundert daher nicht, dass inzwischen rund ein Drittel aller Pflegeheimbewohner Sozialhilfe beziehen.

Angesichts solcher Zustände muss der dramatische Anstieg der Eigenanteile gestoppt werden, also der Kosten, die Pflegebedürftige aus eigener Tasche für ihre Pflege zahlen müssen. Das geht aber nur, wenn die Soziale Pflegeversicherung reformiert wird, denn aktuell deckt sie nur einen Teil der Kosten in der Pflege ab. Daher muss aus Sicht der Republikaner eine Umwandlung der Pflegeversicherung in eine Pflegevollversicherung stattfinden, die alle pflegebedingten Kosten abdeckt.

Zudem müssen die Länder und Kommunen stärker in die Pflicht genommen werden, wenn es um die Beteiligung an den Investitionskosten geht. Die derzeit von den Pflegebedürftigen zu tragenden Investitionskosten haben fast die Höhe der pflegebedingten Eigenanteile erreicht. Hier braucht es gleiche Regelungen wie bei den Investitionskosten der Krankenhäuser. Um die Kommunen nicht zu überfordern, wären hier Steuermittel des Bundes einsetzbar.

Zwingend notwendig ist aber zeitnah zu handeln, um die Not nicht noch unnötig zu vergrößern. Betroffene Personen können nicht jahrelang auf politische Entscheidungen warten und die Ignoranz der Altparteien vor den Notlagen ertragen.

## Erst 17.000 abgelehnte Asylanten in diesem Jahr abgeschoben

In den ersten neun Monaten des Jahres sind erst 16.808 abgelehnte Asylbewerber abgeschoben worden, überwiegend nach Italien. Im Jahr 2018 waren es 23.617 Abschiebungen.

Bei den Personen handelte es sich meist um Personen aus Nordafrika, die über das Mittelmeer nach Italien, Frankreich oder Spanien kamen und weiter nach Deutschland ziehen, obwohl sie nach den EU-Regeln im Erstaufnahmeland bleiben sollten. Der Grund hierfür ist offensichtlich: In keinem anderen EU-Land sind die Leistungen für Asylbewerber so großzügig und umfassend aufgebaut wie in Deutschland. Sie stellen für viele Migranten einen erheblichen Einwanderungsanreiz dar.

Die genannten Dublin-Überstellungen in der EU machen einen Großteil der Abschiebungen aus. Die Dublin-Regeln sehen vor, dass Asylbewerber ihren Antrag in dem EU-Land stellen müssen, in dem sie als erstes europäischen Boden betreten.

Bei den Zielländern liegt Italien demnach mit 1894 Abschiebungen vor, gefolgt von Albanien mit 1178 und Frankreich mit 906. 55,6 Prozent der Migranten wurden mit Linienmaschinen außer Landes gebracht, 32 Prozent mit Charterflügen, die restlichen Fälle auf dem Land- oder Seeweg.

Für die Sicherheitsbegleitung zahlte der Bund bis September demnach rund sechs Millionen Euro.

## REP-Jugend in NRW plant Kundgebungen

Die REP-Jugend in NRW plant Kundgebungen und fragt aktuell bei interessierten Jugendlichen nach, ob auch bei ihnen die Bereitschaft besteht, sich an einem Samstag im Monat für die Belange unseres Landes einzusetzen. Auch unter Jugendlichen muss es wieder verstärkt zu einem patriotischen Bekenntnis kommen, welches sich in aktiver Mitwirkung auszeichnet. Es geht um unsere Heimat und um unsere Zukunft.

### Jetzt Republikaner werden

**Ihre Unterschrift**

MITGLIED WERDEN!

Unterschrift

**für unsere Zukunft >**

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

## Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

[www.rep.de](http://www.rep.de)
**DIE REPUBLIKANER**
**DIE REPUBLIKANER**  
**REP**

## VERANSTALTUNGSKALENDER

### Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr. Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER  
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



# Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

**DIE REPUBLIKANER(REP)**  
 Postfach 140407  
 40074 Düsseldorf

# Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

Postleitzahl \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ Telefax \_\_\_\_\_

E-Post \_\_\_\_\_

Konfession / Beruf / Tätigkeit \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post  
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) \_\_\_\_\_ Zahlungsart  Überweisung  Lastschrift Zahlungsrhythmus  jährlich  halbjährlich

Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

### Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut \_\_\_\_\_ BIC/Swift-Code \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
<b>Kreisverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	<b>Bezirksverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	<b>Landesverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	<b>Bundesverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG  EDV  Ausw.  Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.